Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

1.2.1874 (No. 27)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 27. Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. Sonntag, 1. Februar Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. 1874.

Badenia.

Unter dieser Firma haben die Unterzeichneten am 4. December v. J. eine Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei gegründet. Die nähern Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags sind nun gedruckt und werden dieser Tage an unsere Gesinnungsgenossen versendet werden. Wir beehren uns, dieselben um lebhafte Unterstützung des gewiß zeitgemäßen Unternehmens zu ersuchen. Den Statuten werden Formulare zur Aktienzeichnung beigelegt werden. Letztere wollen auch von denen unserer Gesinnungsfreunde ausgefüllt und unterzeichnet werden, welche bereits Aktien*) gezeichnet haben. Bis zum 15. März sollen dann 10 Procent der gezeichneten Aktien eingezahlt werden. Ueber die Einzahlung der übrigen Raten wird die später zu berufende Generalversammlung bestimmen. Die Zeichnungsformulare wie die Einzahlungen mögen gerichtet werden an die Adresse des Herrn

Abgeordneten und Oberstiftungsraths-Assessors

Friedrich Hug in Karlsruhe,

welcher das Amt eines provisorischen Cassiers übernommen hat.

Wie einzig die Förderung der Interessen der katholischen Kirche dem Unternehmen zu Grunde liegt, so soll auch eine solide Geschäftsgebahrung Gegenstand gewissenhafter Fürsorge sein.

Karlsruhe, 31. Jan. 1874.

Buß. Edelmann. Förderer. Hansjakob. Hennig. Hug. Junghanns. Lender. Marbe. Reichert.

*) Es geschieht dies aus Gründen der Form, welche genau den gesetzlichen Bestimmungen über Aktiengesellschaften entsprechen soll, in Folge dessen der Betrag der einzelnen Actie von 50 Mark auf 150 Mark erhöht worden ist. Zeichner von je 50 Mark theilen sich mit zwei Genossen nunmehr in eine Actie von 50 Thalern.

Rede des Abgeordneten Hansjakob

in der Debatte über die Kirchengesetze.

(Stenographischer Wortlaut.)

(Schluß.)

Der Herr Staatsminister hat ferner gesagt, im Mittelalter sei das weltliche Schwert dem geistlichen nachgestanden. Nun was hat es dem deutschen Reich geschadet, daß das geistliche Schwert um einige Zoll länger war? Im Mittelalter war das deutsche Reich größer als heute. Die Macht, die Deutschland im Mittelalter hatte unter Conrad II., Heinrich II. und Heinrich III. die mit dem Reiche im Frieden lebten, wird für Deutschland nicht mehr erreicht. (Widerspruch.) Wenn Sie mir nicht glauben, so glauben Sie einem Ihrer Gesinnungsgenossen, Giesebrecht und lesen Sie seine Geschichte der deutschen Kaiserzeit. Der Herr Staatsminister Jolly hat ferner gesagt, es sei diese Prüfungsordnung in der Weise gestaltet, wie man sie früher von der Curie durch Unterhandlungen angestrebt habe. Ich bin natürlich nicht befugt, darüber zu urtheilen, was der hochwürdige Bischof thut, aber das kann ich sagen, wenn ich Bischof gewesen wäre, ich hätte in Ewigkeit nicht mit Ihnen unterhandelt. (Unruhe.) Weiter hat der Staatsminister bemerkt, wir Geistlichen stünden namentlich mit dem Griechischen auf gespanntem Fuße. Ich habe bereits darauf aufmerksam gemacht, daß es auch Beamte gibt, die mit dem Lateinischen auf gespanntem Fuße stehen und das ist noch eine viel größere Schwäche. (Große Heiterkeit.) Der Herr Staatsminister hat ferner bemerkt, er habe keine Freude an diesen Strafbestimmungen und da bin ich vollkommen mit ihm einverstanden, denn auch ich habe keine Freude daran. Der Herr Staatsminister hat aber aus activen Gründen keine Freude, ich aus passiven. (Große Heiterkeit.) Ich habe nämlich so viele Freunde unter den liberalen Bauern am See und auch unter den Beamten und Staatsanwälten, daß ich glaube, dieselben würden gerne die Spitze dieses Gesetzes gegen mich kehren und deßhalb bin ich mit dem Herrn Staatsminister völlig einverstanden. Endlich hat derselbe noch bemerkt, es gäbe Geistliche, die den Leuten vorschwindeln, wenn sie den A oder den B wählen, kämen sie in die Hölle. Wenn ich Bischof wäre und es würde mir Einer so dummes Zeug schwätzen, würde ich ihn 4 Wochen einsperren, aber ich erhielte vielleicht nach dem neuen Gesetze nicht die Erlaubniß dazu. Nun komme ich an den Herrn Abg. Kiefer. Dieser läßt immer die alte Fahne flattern und ich muß hier dem Abg. Kiefer eine Bemerkung machen, die er mir nicht übel nehmen wird und da unsere Freundschaft überhaupt nicht so groß ist, werden wir dadurch nicht mehr, als bisher getrennt werden. Derselbe erinnert mich, so oft er spricht, jeweils an ein Bild aus meiner Jugend. In meiner Jugend bin ich nämlich sehr gerne Caroussell gefahren. Da fährt man im Ring herum und früher war an diesen Caroussels eine Vorrichtung angebracht zum Ringstechen, die man während des Herumfahrens heruntergestochen hat. So kommt mir der Abg. Kiefer vor. Er spricht formell immer sehr schön, aber materiell bringt er immer das Gleiche, er fährt Caroussel. Er besteigt bald einen Braunen, bald einen Fuchs, fährt herum und sticht seine Ringe herunter, zuerst kommt der Syllabus, dann die Bulle unam sanctam, dann die österreichische Verfassung, dann Rom — und so fort. (Große Heiterkeit und Bravo.) Er bietet uns die Hand zum Frieden. Nun, meine Herrn, das ist ganz gefährlich, Ihnen die Hand zu reichen, denn Sie behalten die Finger und dann werden wir kraftlos. Deßhalb können wir Ihnen die Hand nicht reichen auf der Grundlage des Abg. Kiefer . . .

Bär: Wie lange geht das noch so fort?

Hansjakob: Bis ich mit dem Abg. Kiefer fertig bin. Herr Kiefer hat auch so lange gesprochen. Gleiches Recht für Alle, wenigstens hierin. Der Abg. Kiefer hat einer Prophezeiung des Cardinals Wiseman gedacht. Dieser ist aber meines Wissens der Phrophet nicht, sondern der Prophet von Lehnin. Diese Phrophezeihung lautet dahin, auf dem märkischen Sande werde der Kampf gegen Rom ausgekämpft werden. Nun die Erfüllung dieser Prophezeiung ist sehr nahe. Auf dem märkischen Sande liegt bekanntlich Berlin, dort ist der Reichstag, der Kampf hat begonnen und der Ausgang scheint mir für die Kirche nicht ungünstig zu sein. Der Abg. Kiefer hat ferner von Dragonaden gesprochen. Die Kirche hat meines Wissens Niemand mit Dragonaden ausgetrieben; diese sind in Frankreich von dem Könige angeordnet worden, nicht von der Kirche, wie auch die Inquisition keine kirchliche Institution ist, sie ist vielmehr eingeführt worden wider den Willen der Kirche. Heute haben wir auch Dragonaden von Ihrer Seite gegen die Jesuiten und wenn wir uns nicht gefügig dem Unrecht unterwerfen, das Sie uns anthun, werden Sie uns auch verdragonern und zum Lande hinausjagen. Der Abg. Kiefer hat England angeführt, daß man selbst dort in den großen Geistes- und Culturkampf eintreten wolle, daß dort große Volksversammlungen im Interesse des Anschlusses an diesen Culturkampf in Deutschland abgehalten würden. Es ist bekannt, daß dieses no-popery-Geschrei in England durch Niemand besorgt wird, als durch die Agenten des Fürsten Bismarck. (Gelächter.) Lachen Sie nicht, es ist so. Es ist erwiesen, daß die englische Regierung auf Anfragen Bismarcks in den Culturkampf nicht eintreten wollte und nun wird das protestantische Volk arfgerüttelt durch Versammlungen, es solle ein altes Geschrei erheben gegen Rom. Es wird vielleicht noch so weit kommen wie vor hundert Jahren, wo der närrische Sir Gordon mit 60,000 Menschen vor das Parlament zog und gesagt hat: Es wird so lange nicht ruhig in England, bis es dort keine päpstliche Priester und keine kathol. Kirchen mehr gibt. Der Abg. Kiefer bringt uns ferner Gregor VII. Das ist auch ein Lieblingspferd des Abg. Kiefer, wir wissen aber von dem protestantischen Schriftsteller Leo, daß Gregor VII. damals im Interesse Deutschlands gehandelt hat, wenn er dem unwürdigen Kaiser, der überall selbst in seiner eigenen Familie sein Ansehen verloren hatte, rieth vom Throne herabzusteigen und daß Heinrich IV. im Unrecht war und der Papst Recht hatte. Sie haben gesagt, der Papst vindicire sich das Recht, mit einem Machtspruch die Fürsten vom Throne zu stoßen. Nun wenn er diese Macht hätte, würde er es zuerst in Italien probiren, nicht in Deutschland. (Heiterkeit.) Herr Kiefer hat ferner gesagt, daß Metternich darauf ausgegangen sei, Deutschland zu zerreißen. Ich finde das von seinem Standpunkte aus gerechtfertigt. Derselbe hat vielleicht eingesehen, daß Preußen darauf ausgehe, Oesterreich aus dem Sattel zu heben und deßhalb hat Metternich als österreichischer Staatsmann gesagt, wir müssen Preußen bekämpfen, denn dieses wird uns bekämpfen und wenn wir es nicht erniedrigen, wird uns dies geschehen.

Ich will schließen. Es ist ein harter, vielleicht ein langer Kampf ausgebrochen zwischen der kathol. Kirche und dem großen deutschen Reiche, zwischen den Grundsätzen des modernen Staats und der römisch-katholischen Kirche. Wie wird dieser Kampf endigen? Der Staat kann verfolgen, er kann einsperren, er kann zum Lande hinausjagen, aber er ist mit all seiner Macht, mit all seinen Zündnadelgewehren, Kanonen und Festungen nicht im Stande, auch nur einen einzigen Katholiken seiner Kirche untreu zu machen, er ist nicht im Stande, aus dem Herzen eines einzigen Katholiken die Liebe zu seiner Religion und zu dem Oberhaupte seiner Kirche herauszureißen, ihm sein römisch-katholisches Gewissen zu nehmen. Der Staat wird dies nicht im Stande sein, bei einem einzigen Katholiken, noch viel weniger bei den vielen Millionen Katholiken, die in Deutschland sind. Ich behaupte deßhalb, und hier glaube ich Unfehlbarkeit in Anspruch nehmen zu dürfen, es kommt die Zeit, wo der moderne Staat mit der Kirche Frieden schließt und schließen muß, wenn er nicht in vollständiger socialer Auflösung und Revolution zu Grunde gehen will, und wenn jene Zeit kommt, meine Herren, wird man nicht blos über dieses Gesetz, sondern über den ganzen Liberalismus für immer zur Tagesordnung übergehen. (Bravo.)

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 29. Jan. (Sitzung der 2. Kammer.) [Schluß.]

v. Feder beantragt die Discussion über die Städteordnung auszusetzen bis zur gleichzeitigen Berathung der Gemeindesteuergesetzgebung und begründet den Antrag in eingehender Weise dahin: Das Steuerwesen habe wesentlich zur Städteordnung veranlaßt. Ueber den Einkommensteuergesetzentwurf sei die Meinung sehr verschieden und er hätte gewünscht, daß die Besteuerungsfrage im Bericht erörtert worden wäre; aber zu seinem Erstaunen habe er kein Wort darin gefunden. Damit sei der ganze Entwurf ein todtgeborenes Kind. Ehe die Besteuerungsfrage bereinigt sei, könne von der neuen Organisation der Städte gar keine Rede sein. Daß man über die Frage der Besteuerung nicht klar sei, gehe daraus hervor, daß man die Staats-, nicht die Gemeindesteuer zu Grunde gelegt habe. So habe man gar die uns fremde Gemeindepensionen eingeführt, die für alle Gemeinderäthe des Landes ein Schrecken sei; auch auf das Klassensystem und andere Dinge weist Redner eingehend hin. Er habe mit Vergnügen wahrgenommen, daß die zweitgrößte Stadt (Karlsruhe) einen oppositionellen Beschluß gefaßt habe und daß auch die andern Städte damit einverstanden seien. Er beantrage die Aussetzung des Beschlusses über diese Frage.

Berichterstatter Bluntschli: Die Frage, ob die Städteordnung ausgesetzt werden solle, sei auch in der Commission erörtert worden; man habe sich aber für die Inangriffnahme entschieden. Um aber

nach allen Seiten hin zu beruhigen, stelle er den Antrag: die Steuerfrage durch ein besonderes Gesetz zu reguliren, bis dahin die Städteordnung nicht einzuführen. Im Interesse der Förderung der Arbeiten, da man jetzt sehr gedrängt sei, wünsche er keine Verschiebung; sonst kämen Agitationen u. dgl. und die Kammer käme nie zum Ziel. Man sei auch vollständig über die Materie vorbereitet.

Staatsminister Jolly bittet dringend, den Antrag Feder's abzulehnen und schließt sich Bluntschli an. Ein Census könne nicht aus der Gemeindesteuer angenommen werden, weil diese stets wechsle; es müsse also die Staatssteuer zu Grunde gelegt werden. Mit der Organisation der Stadtgemeinden hänge die Besoldung der Stadtbeamten gar nicht zusammen. Die ganze Angelegenheit werde verschleppt, wenn man heute nicht die Sache in die Hand nehme und der Landtag werde sonst tief in den Sommer hinein dauern. Er habe nichts gegen Bluntschli's Antrag, wenn dieser zur Beruhigung diene.

Lenz: Die Besteuerungsfrage sei die Hauptsache und er könne sich ein Gesetz nicht denken, das darauf keine Rücksicht nehme. Den Nachtheil einer Verzögerung könne er nicht einsehen; ob die Städteordnung ein halbes Jahr früher oder später zur Einführung komme, sei einerlei.

Nicolai hat früher die Bedenken Feder's gehabt, ist aber davon zurückgekommen. Man sei vollkommen vorbereitet und die Bedürfnißfrage sei dringend.

Ein Antrag auf Schluß über den Antrag von Feder wird abgelehnt.

Fischer bekämpft Nicolai; wenn die Sache aus der ersten Kammer zurückkäme, dann beweise ihm dies, daß hier nur ein Versuch mit der Städteordnung gemacht werden solle; er stimme für Feders Antrag.

Stösser empfiehlt Bluntschli's Antrag und wünscht Raschheit der Arbeiten, worauf die Bevölkerung ein Recht habe.

v. Feder: Geschäftlichen Rücksichten trage er gerne Rechnung, aber so wichtig seien diese nicht, daß die Sache darunter leiden dürfe. Wenn man alle Die ausschließe, die weniger als 20 Mark Steuern zahlen, so treffe man damit eine Reihe Leute, die man nicht ausschließen sollte, wie Buchhalter u. s. w. So seien eben noch eine Reihe Dinge im Unklaren, wie z. B. auch in Betreff der vorgeschlagenen Pensionen. Man solle also beim Wiederzusammentritt sofort die Städteordnung in Verbindung mit den Steuergesetzen regeln. Nach Nicolai's Ansicht würde man den Schwerpunkt in die 1. Kammer legen, was nie sein dürfe.

Berichterstatter Bluntschli sucht den Vorredner in letzterer Beziehung zu beruhigen. Mit den 20 Mark werde kein Census eingeführt; es sei das nur eine Ergänzung dahin, daß man eine Reihe von Personen, obgleich sie keinen Hausstand hätten, ihrer Intelligenz wegen beiziehe und da müsse man doch einen bestimmten Maßstab haben.

Nicolai bestreitet, daß er den Schwerpunkt in das andere Haus habe legen wollen.

Der Antrag v. Feder's wird abgelehnt.

Nach einer kurzen Debatte, ob eine allgemeine Discussion über das Ganze oder nur über bestimmte Categorien statthaben solle, an welcher sich v. Feder, Bluntschli, Junghanns, Kiefer betheiligen, wird letzterer Weg einzuschlagen beschlossen; darnach wird zuerst die Debatte über „1. Bedürfniß einer Städteordnung" erörtert.

Stösser: Die bisherige Grundlage der Gemeindeordnung sei das Ortsbürgerrecht. Mit der Gewerbeordnung, Freizügigkeit, Unterstützungswohnsitz sei das alte Gemeindebürgerrecht erschüttert. Auch die Gemeindesteuerverhältnisse verlangten eine Aenderung. Das Verwaltungsbedürfniß aber, in Verbindung mit den socialen Verhältnissen wie sie sich jetzt gestaltet hätten, verlange vor allem die Reform.

Fischer steht mit gemischten Gefühlen vor dem Entwurf. Ob Einwohner- oder Bürgergemeinde, sei außer Frage, da letztere in den Städten schon unter den Händen zerronnen sei. Einen großen Fortschritt aber könne er nicht finden im Hinblick auf die Bestimmungen über die Hausbesitzer und vieles Andere.

Blum freut sich, daß der Widerstand, der vor 4 Jahren von Seiten der Landgemeinden stattgehabt, aufgehört habe. An die städtische Steuer auch das städtische Stimmrecht zu knüpfen, sei gerecht.

Mays wirft die Frage auf, ob nicht die Umwandlung des städtischen Bürgerrechts in ein Einwohnerrecht auch auf die kleinen Städte und das flache Land hätte ausgedehnt werden sollen. Er habe dabei in den kleineren Städten die Beamten und Angestellten im Auge, Beamte des Staates und der Kirche, Eisenbahnangestellte, Gendarmen u. s. w. Auch diesen solle es ermöglicht werden, am Gemeindeleben theilzunehmen, da sie Elemente der Ordnung und Intelligenz seien. Redner wünscht, daß durch eine möglichst baldige Gesetzesvorlage diese Frage in dem von ihm berührten Sinne erfolge, und zwar in der Art, daß der Bürgergenuß davon unberührt bleibe.

Staatsminister Jolly: Die Frage nach dem Bedürfniß sei kaum hier zu discutiren; es handle sich wesentlich darum, wie weit das Bedürfniß gehe und da sei die Anregung von Mays am fruchtbarsten. Nur in den größeren Städten habe sich das Bedürfniß nach der Umgestaltung dringend geltend gemacht; bei den Landgemeinden nicht, für die Zwischenstufen habe man am besten gehalten, es ihrer eigenen Wahl zu überlassen. Formal werde das Princip der Einwohnergemeinde unserer Gesetzgebung zu Grunde zu legen sein. Es sei zwar letztere kein Ideal, aber die Leidenschaften hätten sich der Sache jetzt nicht bemächtigt und man solle daher die Dinge ruhig berathen und gut organisiren.

v. Feder erörtert zunächst die Bedürfnißfrage und bedauert dann, daß ihm durch den heutigen Beschluß der Boden für die wichtigste Sache, den wirthschaftlichen Gesichtspunkt, entzogen sei. Große Capitalmassen trügen zur Gemeindesteuer nichts bei. Die politische Seite sei der Regierung am meisten am Herzen gelegen und da sei es denn doch unbegreiflich, daß man auf den Hausbesitzstand etwas construiren wolle, das man conservativ nenne, das aber reactionär sei. Statt der vorgeschlagenen Organisation der wirthschaftlichen Seite hätte er gewünscht, daß einige sachkundige Personen dem Bürgermeister gleichsam als Fachminister zur Seite gegeben würden, die nicht dem freien Wahlrecht unterstünden, sondern mit Besoldung angestellt würden. Dann aber hätte man ein freieres Wahlrecht in allem Uebrigen statuiren müssen. Daß man aber Pensionen, Lebenslänglichkeit der Aemter u. dergl. vorschlage, das sei nichts weniger als ein Fortschritt, sondern die Abschaffung von Freiheitsrechten, an die man bei uns gewohnt sei.

Bär: Man solle zur Specialdebatte übergehen; es sei bereits 1 Uhr. (Allgemeine Heiterkeit, da es erst etwas über halb 12 Uhr ist.)

Staatsminister Jolly: Der Personalbestand der Einwohnergemeinde sei ein total anderer als der in der Bürgergemeinde; er werde unendlich größer und die unteren Schichten, die Arbeiterklasse, kämen in Masse herein. Bisher sei die Bürgergemeinde eine Aristokratie und jetzt trete an deren Stelle eine sehr weitgehende Demokratie. Das directe Wahlrecht habe da sehr große Bedenken, die es in der Landgemeinde nicht habe. Es müsse in den größeren Städten nach Klassen gestimmt werden, wobei er aber keine politische Tendenzen im Auge habe. Ein Census sei aber nicht vorgeschlagen. Die Arbeiter sollten theilnehmen an den Gemeindeangelegenheiten, aber sie sollten nicht durch ihre Massen Alles beherrschen. Redner geht auch von anderen wirthschaftlichen Gesichtspunkten aus als v. Feder. Was die Pensionen betreffe, so sei das nichts Reactionäres: bei der stets schwieriger werdenden Leitung der Gemeindeangelegenheiten müsse man Männer haben, die sich dieses Amt zum Lebensberuf machten und die nöthigen Fähigkeiten besäßen. Diesen müsse man dann auch Sicherheit für ihre Lebensstellung geben. Redner verweist in dieser Beziehung auf die preuß. Städteordnung Steins.

Berichterstatter Bluntschli: Der Angriff Feder's auf den liberalen Geist der Städteordnung sei verfehlt. Das Werk sei durch und durch liberal und es sei Feder's Darstellung eine Verdächtigung, die auf Leute Wirkung machen solle, die kein Urtheil hätten. Die Städteordnung gebe einer Masse von Leuten Rechte, die bisher von solchen ausgeschlossen gewesen seien. Es handle sich aber nicht blos um Rechte, sondern auch um Pflichten, indem jetzt Leute zum Zahlen beigezogen würden, die bisher nichts geleistet. Es sei auch liberal, daß man Männern Pensionen gebe, die ihre ganze Kraft dem Wohle der Stadt widmeten. Abstracte Freiheitsprincipien seien hier nicht maßgebend, weil man sonst zum Geiste der Commune komme. In den großen Städten seien große Gefahren; in den größten derselben herrsche nicht die Intelligenz, wie in London, Paris und Berlin. Lassen Sie uns nicht einen Sprung in den Sumpf machen!

Lenz theilt nicht die Anschauungen v. Feder's und Morstadt schließt sich dem Berichterstatter an und wünscht nur, daß die Städteordnung auch für die kleineren Städte angenommen werde.

Edelmann: Die zu weit getriebene Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Unterstützungswohnsitz machten die Einwohnergemeinde nothwendig. Die Bürgergemeinde, die ihren großen Werth gehabt habe, gehe jetzt unter. Daß die Städteordnung, wie wir gehört, sich auf die kleinen Städte und Dörfer ausdehnen werde, sei für ihn bedenklich; man solle aber die Almendgemeinden bestehen lassen. Redner theilt Feders Einsicht, daß das freiheitliche Princip und das der Selbstständigkeit der Gemeinden geschädigt werde. Wenn man so große Furcht vor den unteren Ständen habe, so sei es nicht die rechte Art sie zu beschränken; man müsse ihnen die Hand reichen und sie heraufziehen. Gewundert habe es ihn, daß die Intelligenz jetzt nicht in den Städten sein solle, obgleich man wegen ihrer angeblichen Intelligenz ihnen ein Vorrecht bei den Wahlen eingeräumt habe, und daß nun auf einmal die Intelligenz von Außen in dieselben hineingebracht werden solle.

v. Feder: Man sei in der Censusfrage zu weit gegangen und der Berichterstatte habe selbst zugegeben, daß man sich hier im Dunklen bewege. Die großen Gefahren der Städte durch die unteren Klassen kenne er auch; aber nicht die Arbeitermassen allein weise man in die letzte Klasse, sondern auch die große Zahl der Angestellten. Was die Pensionsfrage betreffe, so wolle er nur die obligatorische Verfahrungsweise nicht; das Vertragsverhältniß solle maßgebend sein. Vom Liberalismus könne Bluntschli nicht reden, da er das Muß voranstelle. Die Gemeinden seien sehr aufgeregt über die Pensionen und die Lebenslänglichkeit; letztere beschränke zudem die Wahlfreiheit. Von großen Städten und ihren Gefahren wie Paris und Berlin zu reden, gehe bei uns nicht an; wir hätten weit kleinere Verhältnisse.

Der Präsident schlägt vor, mit Abänderung seines früheren Vorschlags in die Specialdebatte einzutreten. Junghanns widerspricht, da viele Redner dabei zu kurz kämen. Indessen wird der Vorschlag des Präsidenten angenommen.

Zu Art. 1 führt

Bluntschli aus: Man habe unter Abänderung des Regierungsvorschlags Baden und Constanz zu den 5 größten Städten des Landes hinzugenommen. Dagegen habe sich der Gemeinderath und die Bürgerschaft von Baden erklärt im Hinweis auf die Fremden, die man verlieren werde, wenn man sie beiziehe, und im Hinweis auf die großen Ausgaben dort und verlange, daß man der Stadt die facultative Stellung gewähre. Es habe in Baden eine große Bürgerversammlung in diesem Sinne stattgefunden, aber es sei auch die andere Ansicht dort stark vertreten. Was die Fremden betreffe, so würde ja Heidelberg, Freiburg und auch Karlsruhe ebenfalls davon betroffen. Man werde eben nach billigen Grundsätzen hier verfahren und die Steuern gering bemessen. Ebenso sei es mit den großen Ausgaben, wo es sich so verhalte wie bei andern Städten. Vom Bürgernutzen sei keine Rede in der Petition; man lege also auch dort kein Gewicht auf diesen Punkt. In Constanz sei's anders: dort sei man ganz einverstanden. Es sei manchen Städten noch nicht klar, daß sie schließlich doch zu den Einwohnergemeinden kommen müßten.

Reichert: Der Vorredner habe die Verhältnisse in Baden nicht ganz richtig dargestellt. Die Kunde von der obligatorischen Einreihung Badens habe dort große Aufregung hervorgerufen. Es sei in Baden das umgekehrte Verhältniß von Karlsruhe; denn dort sei das Verhältniß von Bürgern zu Einwohnern zu Gunsten der Erstern sehr bedeutend. Arbeiterbevölkerung sei keine da. Man solle den Fremden den Aufenthalt möglichst angenehm machen, die gar kein Interesse an den Städteangelegenheiten haben. In Baden sei schon eine Fremdentaxe, also sei das Verhältniß anders als in Heidelberg. Mit der bisherigen Gemeindeverwaltung könne man ganz gut ausreichen; weitere Lasten zu den großen schon vorhandenen zu übernehmen, liege nicht vor. Eine plötzliche Aenderung im Almendnutzen werde große Aufregung hervorrufen. Er wünsche die Aufrechthaltung des Regierungsentwurfs. — Principiell begrüße er die Städteordnung; später werde auch für Baden vielleicht die Zeit kommen, wo es auch beitreten könne; für jetzt aber nicht, wo man sich erst wieder emporarbeiten müsse. Redner stellt einen Antrag auf Wiederherstellung des Regierungsentwurfs.

Seefels: Die Aufregung in Baden sei nur eine künstliche, in Wahrheit denke man dort anders; das beweise der große Bürgerausschuß, der gesetzliche Vertreter der Bürgerschaft, der seiner Ansicht zustimme. Außerdem habe er eine Zuschrift von mehreren hundert Bürgern heute erhalten, die ihn bitten, für die Städteordnung zu stimmen. Er habe einen Brief an den Bürgermeister gerichtet, er wolle den Ausschuß belehren, um was es sich handle; der Gemeinderath habe aber davon keine Notiz genommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Edelmann: Daß von Constanz keine Gegenäußerung gekommen sei, rühre daher, daß der Bericht erst so kurz ausgetheilt worden daß von dorther noch keine Aeußerung möglich gewesen sei. In Baden und Constanz lägen die Verhältnisse nicht so, daß sie die Einführung der Einwohnergemeinden bedingten. Constanz sei auf die Schweiz angewiesen, von dorther seien einige Fremde da. Arbeiterbevölkerung sei wenig da. Redner wird einen Antrag auf Strich von Constanz stellen. Mit der bessern Vertretung könne man nichts begründen, da der Bürgermeister dort so viele Freiheit habe, um eine Menge anderer Dinge zu besorgen. Das Bedürfniß zu einem Berufsbürgermeister mit Beigeordneten sei also nicht vorhanden. In Constanz habe die Almendfrage eine große Bedeutung, zumal dort eine große Landbevölkerung sei, die die Aenderung im Bürgergenuß verworfen habe. Man solle den Städten, die es nicht wollten, den Beitritt nicht aufzwingen.

In Betreff der Handhabung der Geschäftsordnung entspinnt sich eine kurze Debatte zwischen dem Präsidenten und Lender.

Schmidt v. C.: Edelmann habe sich zum Vertreter von Constanz aufgeworfen, wozu er kein Mandat habe. Er sei blos das Haupt einer rührigen Minorität dorten. Edelmann habe, da er ohne statistischen Nachweis zu reden selbst zugegeben, in's Blaue gesprochen. Redner schildert den Aufschwung von Constanz und das Mißverhältniß zwischen Bürgern und Einwohnern zu Gunsten der Letztern; ähnlich sei es bei den Capitalien. Edelmann wolle nur einen großen Scandal in Constanz hervorrufen, wie er dies schon öfter gethan, aber immer vom Hinterhalt aus. Er habe nur Achtung vor Männern, die auch mit ihrer Person hervortreten.

Staatsminister Jolly: Er könne sich damit befreunden, Constanz aufzunehmen, Baden dagegen nicht. In letzterer Stadt wohnten viele Leute, die nicht Bürger werden wollen; auch sei der Bürgernutzen in Baden sehr stark, weit bedeutender als in Constanz. Daß dadurch große Reibereien und Streitigkeiten entstehen könnten, sei nicht zu läugnen. Gegen einen großen Theil der Bürgerschaft solle man nicht zwangsweise vorgehen.

Stösser: Man mache die Gesetze, so bemerke er gegen Edelmann, wie sie dem Staat gut schienen und halte sich nicht gebunden an einen Theil der Interessenten. Redner erläutert nochmals den Standpunkt der Commission gegenüber Constanz und Baden und wünscht, daß auch Baden beigezogen werde.

Junghanns schließt sich den Ausführungen Reicherts in Betreff Badens an; die dortigen Fremden seien lediglich Gäste. Die Gemeinde werde jedenfalls am besten ihre Interessen verstehen und wisse also, wie sie sich gegenüber dem Bürgernutzen zu verhalten habe. Redner warnt vor Josephinischer Politik. Sonst komme man nur zu Streitereien.

Reichert dankt dem Herrn Staatsminister für seine Ausführungen; er hätte gewünscht, daß der Abgeordnete von Baden sich an die Sache gehalten hätte, statt sich in Angriffen auf den Gemeinderath u. s. w. zu ergehen. Redner weist nach, daß die große Mehrheit des Gemeinderaths nicht den Standpunkt von Seefels theile. Er bedaure, daß der Abgeordnete von Baden nicht früher die Stadt Baden in Kenntniß gesetzt habt von den in Aussicht stehenden Beschlüssen. Verdächtigende Unterstellungen gegen den Gemeinderath weise er energisch zurück. Die Fremden seien, wie Junghanns gesagt, blos Gäste und wollten nichts wissen von den Gemeindesachen. Wenn man die Elemente belästigen wolle, die den Centralisationspunkt bildeten, dann höre es mit dem Wohlstand der Stadt auf.

Nicolai: Die Verhältnisse in Baden seien allerdings zweifelhafter als die von Constanz; trotzdem wünsche er die obligatorische Beiziehung Badens, wobei er die Bedenken Reicherts nicht theilt. Die Opposition käme weniger aus der Stadt Baden, als aus Badenscheuern und verschiedenen Zinken, die noch zur Stadt gehörten. Er möchte die Stadt Baden nicht unter denen ersten Rangs missen.

Der Schluß der Debatte wird angenommen.

Seefels (pers. Bemerkung): Er habe den Gemeinderath von Baden durchaus nicht verdächtigen wollen; ferner müsse er entschieden zurückweisen, als ob er nicht ebenso im Interesse von Baden wirke wie Reichert.

Edelmann: Wenn Schmidt von C. ihn (Redner) als geheime Triebfeder von Agitationen in Constanz bezeichne, so protestire er dagegen; die Minorität dort habe existirt, ehe er hingekommen sei. Er sage seine Meinung stets offen und frei.

Edelmanns Antrag auf Strich der Stadt Constanz wird abgelehnt gegen 10 Stimmen, der von Reichert auf Strich der Stadt Baden mit großer Mehrheit gleichfalls abgelehnt.

Hierauf Pause; Fortsetzung um 5 Uhr.

Deutschland.

Karlsruhe, 31. Jan. S. K. H. der Großherzog haben unterm 26. d. M. gnädigst geruht, den Bezirksarzt A. Seeber in Tauberbischofsheim wegen vorgerückten Alters, unter Anerkennung seiner dem Staate treu geleisteten Dienste, in den Ruhestand zu versetzen.

* **Karlsruhe**, 30. Jan. Heute Abend nach 7 Uhr wurde die lange Discussion über die Städteordnung geschlossen und in der Abstimmung das Gesetz gegen die Stimmen von Buß, Edelmann, Lender, Hug, Hennig, Eichelsdörfer, Hansjakob, Junghanns und Marbe angenommen. Förderer und Reichert waren verhindert, der Schlußsitzung anzuwohnen. v. Feder enthielt sich der Abstimmung. Am Schlusse der Sitzung wurde eine Regierungsvorlage, die Erhöhung der Civilliste um 36,000 fl. betr., zu Zwecken der Aufbesserung der Beamten und Angestellten des großh. Hauses eingebracht.

X **Karlsruhe**, 30. Jan. Bei der Abstimmung über die Dotation des erzbischöflichen Stuhles fanden die 10 Abgeordneten der kath. Volkspartei keine Unterstützung. Als die Zehn allein sich von ihren Sitzen erhoben, ertönte aus der Gegend, wo der Abg. Frank (Thierarzt und Bürgermeister von Thenningen bei Emmendingen) sitzt, der Laut: **„Plumbs!"** — Angesichts so mancher anderer unliebsamer Vorkommnisse würden wir deßhalb kein Aufhebens machen, wenn die Bad. Landesztg. in ihrem Referate diesen Naturlaut nicht erwähnt hätte, die ihn demnach ganz in der Ordnung findet, da sie ja sonst als Organ der Liberalen das beliebte Vertuschungssystem befolgt haben würde. — Der Abg. v. Feder hat Recht, wenn er sagte, daß seit 10 Jahren kein Landtag den Ton des heurigen angeschlagen habe. — Wenn eine Minorität, nach ihrer Ueberzeugung stimmend, bei der Abstimmung unterliegt, verdient sie unter constitutionell gebildeten Männern keine Verhöhnung, wie es hier in kindischer Weise geschehen ist. In Bierkneipen mag derlei am rechten Orte sein, in einer gesetzgebenden Versammlung ist es höchst tadelnsweth. Hr. Präsident Kirsner mahnte bei Beginn der Sitzung vom 29. Januar dringend, alle Persönlichkeiten zu vermeiden und die Würde des Hauses zu wahren: In der nämlichen Sitzung konnte jedoch der Abg. Schmidt (Constanz) sich nicht enthalten, gehässige persönliche Verdächtigungen gegen Herrn Edelmann auszustoßen. Was zur zweiten Natur geworden, läßt sich eben schwer wieder austreiben.

Stuttgart, 30. Jan. Das Abgeordnetenhaus hat heute mit 80 gegen 2 Stimmen 7½ Millionen zur Anschaffung neuer Gewehre und Geschütze bewilligt.

München, 30. Jan. Der Kaiser von Oesterreich ist heute früh zum Besuche seiner Tochter, der Prinzessin Leopold, in strengstem Incognito hier eingetroffen.

München, 30. Jan. Abgeordnetenkammer. Der Appellationsgerichtsrath Dürrschmidt interpellirt den Cultusminister, ob er von den mit Umgehung des Placets erlassenen Hirtenbriefen der Bischöfe anläßlich der Reichstagswahlen wisse und darin nicht eine gesetzwidrige, die Verfassung verletzende Handlung erblicke, wogegen einzuschreiten sei. Der Cultusminister von Lutz verneint die Frage und fügt hinzu, daß gesetzliche Bestimmungen, wonach das Vorgehen der Bischöfe, trotz erheblicher Bedenken dagegen, als rechtswidrig zu bezeichnen wäre, nicht vorhanden seien. Die Pflicht der Einholung des Placets gelte nur bei Publikationen von Gesetzen und Verordnungen. Die Anordnungen der beregten Hirtenbriefe enthielten nur religiöse Mahnungen, wie solche von der Kanzel vielfach ertheilt und nie beanstandet worden seien. Darauf verlas der Minister des Innern, von Pfeuffer, ein Dekret, wonach die Kammer bis auf Weiteres vertagt wird.

München, 30. Jan. Zu dem vom Abg. Schlör eingebrachten Gesetzentwurf bezüglich des Ankaufs der bayrischen Ostbahn wird folgende Vergütung beantragt: Für die Ostbahnaktien älterer Emission 418, für die neueren 490 Reichsmark.

Frankfurt, 29. Jan. Der Reichstagsabgeordnete Herr Leopold Sonnemann hat die Annahme der Eisenbahnfreikarte, die ihm gestern zugestellt werden sollte, verweigert und dabei erklärt, daß er sich gemäß § 32 der Reichsverfassung: „Die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Besoldung oder Entschädigung beziehen", nicht für ermächtigt halte, eine solche Freikarte anzunehmen und davon Gebrauch zu machen. (Frkf. Ztg.)

Berlin, 30. Jan. Die „Nordd. Allgem. Ztg." kennzeichnet das Schreiben des Erzbischof Ledochowski als einen Akt des Beifalls und der Unterstützung eines Mannes, der in dem Nachbarlande Belgiens auf den Sturz der Regierung und die Aufwiegelung der Bevölkerung hinarbeitet. Die deutsche Regierung sei keineswegs gegen die belgische Preßfreiheit eingenommen, im Gegentheil wünscht sie, daß innerhalb der belgischen Presse mehr Freiheit von den bischöflichen Censuren sei. Eine jede Regierung habe die Aufgabe, ihre geistlichen und weltlichen Unterthanen, die sich in Conspirationen und Wühlereien gegen die Regierung des Nachbarlandes einlassen, mit Erfolg zu zügeln, wozu die belgische Verfassung ausreichende Mittel darbiete. Wenn an Stelle der jetzigen belgischen Regierung die liberale Partei am Ruder wäre, so würde Derartiges, wie wir es jetzt erleben, nicht vorkommen. [Sehr weise, würde der Abg. Bär rufen!]

Ausland.

Wien, 29. Jan. Die „N. Fr. Pr." erfährt aus Zürich, daß der Feldmarschall-Lieutenant Frhr. v. Gablenz daselbst am Schlagfluß gestorben ist.

Pest, 30. Jan. In der heutigen Sitzung des Centralausschusses erklärte der Ministerpräsident, daß er bisher die Annahme des Ostbahngesetzentwurfs nicht als Cabinetsfrage bezeichnet habe, weil er keine Pression habe ausüben wollen. Es sei ihm aber undenkbar, daß man für den Fall der Nichtannahme des Entwurfs ihm die Fortführung des Portefeuilles zumuthen könne. Einen Minister, der im Auslande sein Ansehen verloren habe, dürfe das Haus nicht länger an der Spitze der Regierung belassen.

Basel, 30. Jan. Die „Baseler Nachrichten" wollen wissen, Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz habe sich in Zürich in einem Anfalle von Schwermuth erschossen.

Bern, 29. Jan. Nationalrath: Der Bundespräsident Schenk und der Bundesrath Ceresole constatirten auf die Interpellation die ultramontanen Umtriebe betreffend deren Vorhandensein, der Bundesrath habe aber seine Maßnahmen getroffen. Wuilleret habe sich als Verfasser des von „Confédéré" veröffentlichten Memorials bekannt und Abbe Collet, bei welchem das Ballot Interventionsgesuche aus Bar-le-Duc vorgefunden wurde, sei verhaftet. Wuilleret behauptet, das Memorial als Advokat verfaßt zu haben. Nachdem nach mehrere Redner gesprochen, wird zur Tagesordnung übergegangen, und ein Antrag, den im Wuilleret'schen Memorial enthaltenen Theorien die Verachtung der Versammlung auszusprechen, in der Hoffnung, derselbe werde seinen Sitz im Nationalrathe aufgeben, zurückgezogen.

Bern, 30. Jan. Wuilleret wurde in der gestrigen Abendsitzung des Nationalraths als Vaterlandsverräther gekennzeichnet. Wäre sein Aperçu 1874 statt 1852 abgefaßt, würde er des Hochverraths angeklagt werden. Die Urheber und Verbreiter des Schriftstücks von Bar-le-Duc sind den eidgenössischen Assisen überwiesen worden.

Paris, 29. Jan. In der heutigen Sitzung des Municipalrathes beantragten 25 Municipalräthe für die Repräsentation von Paris 60,000 Francs auszusetzen. Metivier beantragte gleichzeitig 40,000 Francs für die Familien und Frauen deportirter Communenmitglieder zu bewilligen. Der Präsident Vautrain verlangte Beseitigung des Antrags Metivier durch Annahme der Vorfrage. Der Antrag, unter welchen dennoch abgestimmt wird, wurde verworfen. Vautrain reichte darauf seine Entlassung ein, worauf der Seinepräfect die Sitzungen des Municipalraths schloß.

Versailles, 29. Jan. Die Nationalversammlung nahm ohne Debatte eine Zusatzconvention zu dem Handelsvertrage mit England an. — Gambetta unterstützt einen von Loysel eingebrachten Antrag, wonach das Budget für 1875 von der Armeecommission und der Budgetcommission gleichzeitig berathen werden solle und sagt: „Sowohl der gegenwärtige Zustand Europa's, als auch das nationale Interesse gebieten uns, unsere militärischen Kräfte zu entfalten. Man muß einen Ueberfluß schaffen, um das Nothwendige zu haben." Der Antrag wurde verworfen.

Nürnberg, 27. Jan. (Hopfenmarkt.) Heute wenig Käufer. Marktzufuhr klein und bei größeren Lagerbeständen wenig Nachfrage. Es sind gutsekunda Hallertauer zu 70—72 fl., geringere zu 65—68 fl., Gebirgshopfen zu 60—64 fl. und Ausfuhr-Sorten in den 50ern, Alles jedoch in kaum nennenswerthen Pöstchen oder einzelnen Ballen angezeigt, so daß der ganze Umsatz kaum 70 Ballen beträgt. Durch mehrseitigen Ankauf kam schließlich ein Umsatz von 150 Ballen zu Stande. Stimmung flau.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

‚Revalescière Du Barry von London.'

Seitdem von vielen Aerzten und Hospitälern die Wirkung der Revalescière du Barry anerkannt ist, wird Niemand mehr die Kraft dieser köstlichen Heilnahrung bezweifeln, und führen wir die folgenden Krankheiten an, bei denen sie sich ohne Anwendung von Medicin und ohne Kosten bewährt: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüsen-, Schleimhaut-, Athem-, Blasen- und Nierenleiden, Tuberculose, Schwindsucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhöen, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wassersucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Ohrenbrausen, Uebelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichsucht. — Auszug aus 80,000 Certificaten über Genesungen, die aller Medicin widerstanden:

Certificat Nr. 75,812. Damsdorf b. Drebkau, 10. Mai 1873.

Ihre Revalescière hat meine Frau von Magenschwäche und Unverdaulichkeit vollkommen hergestellt.

Mit Hochachtung
(gez.) W. Brickner, Oberförster a. D.

Certificat Nr. 75,877. 589 Wienerthorgasse, Ofen, 28. Februar 1872.

Seit 26 Tagen habe ich die Gottgesandte Revalescière allein genossen. Diese göttliche Gabe der Natur hat bei mir, in meiner verzweifelten Lage, Wunder gewirkt, weßhalb ich keinen Anstand nehme, dieses Heilnahrungsmittel die zweite Offenbarung für die leidende Menschheit zu nennen. Diese köstliche Revalescière hat mich von einem sehr gefährlichen Lungen- und Luftröhren-Katarrh, von Kopfschwindel und Brustbeklemmung befreit, die allen Medicinen Jahre lang getrotzt. Diese Wundergabe der Natur verdient sonach das höchste Lob und kann der leidenden Menschheit bestens angerathen werden.

Florian Köller,
K. K. Militärverwalter in Pension.

Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in andern Mitteln und Speisen.

In Blechbüchsen von ½ Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfd. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière Biscuiten: Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Revalescière Chocolatée in Pulver für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr., 288 Tassen 9 Thlr. 15 Sgr., 576 Tassen 18 Thlr.; in Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.

Zu beziehen durch **Barry du Barry u. Comp.** in Berlin, 178 Friedrichsstraße, und in allen Städten bei vielen guten Apothekern, Droguen, Specerei- und Delicatessenhändlern. In **Carlsruhe bei Th. Brugier. Großherzoglichem Hoflieferanten Louis Dörle, u. Paul Mayer, R. Schnupp,** Rastatt: A. Fischer, früher A. Sallinger-Heydt, Offenburg: Franz Dimmler, Constanz: Fr. Schildknecht, Worms: J. H. Meyer, Ludwigshafen: Wilh. Kuelius, Dürkheim: Jean Hammel, Schopfheim: Johann Reinacher, Villingen: Lucas Eisele, Durlach: Ludwig Reißner, Tauberbischofsheim: Leop. Frank, Ueberlingen: F. F. Blattau, Kehl: Karl Schick, Freiburg i. Br.: Wilhelm Rost, vormals E. Sickenberger, Droguist am Schwabenthor, Ch. Th. Hechinger, Salzstraß. Nr. 7, Pforzheim: Wilhelm Salzer, Zweibrücken: Ww. August Seel, Baden-Baden: Geschwister Wolff, Mannheim: Louis Goos, Lit. S. 2. Nr. 20, Heiligenberg: C. Leibinger, Heidelberg: Franz Popp, Speyer: J. C. Eberhardt und nach allen Gegenden gegen Postanweisung.

Kreuzwege

in **Oel gemalt** oder **Farbendruck** mit und ohne Rahmen (Probestationen franko zur Ansicht) zu beziehen durch die **Literarische Anstalt** in **Freiburg.**

Constantia.

Am Donnerstag den 5. Februar findet eine um 7 Uhr beginnende musikalische Abendunterhaltung statt, zu deren zahlreichem Besuch die Mitglieder mit ihren Familienangehörigen eingeladen werden.

Einzuführende Nichtmitglieder sind am Vereinsabend, Montag den 2. Februar, anzumelden, und für dieselben Eintrittskarten in Empfang zu nehmen, ohne welche Fremde nicht zugelassen werden. 2.2.

Der Vorstand.

Ein in Bureauarbeiten gewandter, gebildeter junger Mann, sucht sogleich Stellung bei einem Herrn Anwalt oder Notar. — Offerten unter M. M. besorgt die Expedition d. Bl. 3.1.

Zwetschgen- und Trester-Branntwein,

das einzig richtige Verfahren, ersteren rein, aromatisch duftend, den andern von intensiv kräftigem Geruch und Geschmack, echte alte Waare vollständig ersetzend und ohne jede Einrichtung sofort auf kaltem Wege das Hektoliter für circa 20 fl. zu erzeugen wird umgehend mitgetheilt gegen Franko-Einsendung von 6 fl. für eine und 10 fl. für beide Vorschriften.

Würzburg a. M., Domstr. 9.
2.1. **Carl Lüer,** Chemiker.

Rheinischer Trauben-Brust-Honig aus Mainz

in ½	¼	⅛
mit goldgelben	mit rothen	mit weißen Staniolkapseln

verschlossen empfiehlt allen Husten- und Brustleidenden 2c. unter Garantie der Echtheit angelegentlichst das Hauptdepot von **Th. Brugier**, Waldstr. 10 in Karlsruhe, J. Küst, Langestr. 54, Adolf Schnupp, Langestr. 233, Paul Meyer, Erbprinzenstr. 2a; in Mühlburg Heinrich Frey, in Durlach Ludwig Reißner und Th. Brugier, Z.6. Nr. 3, Neckarhafenstraße in Mannheim.

Impressen

für kath. Pfarrämter und Kirchenfondsverrechnungen, als:

Auszüge aus dem Geburts-, Ehe- und Todtenbuch,
Berichte zu Religionsprüfungen,
Uebersichtstabellen der kathol. Volksschulen,
Notabilienbuch,
Gegenscheine (neues Formular),
Hinterlegungsscheine,
Darleihenszusageschein,
Capitaltabellen,
Portobuch und Casse-Journal,
Protokolle zu Stiftungswahlen,
Einladungen und Stimmzettel zu denselben,
Protokolle zu Güterverpachtungen,
do. „ Grasversteigerungen,
Inventartabellen,
Begleitbrief für Fahrpoststücke

sind stets vorräthig und zu beziehen durch die Buchdruckerei von L. Schweiß in Heidelberg.

Commis-Stelle-Gesuch. 4

Ein junger Mann sucht zum sofortigen Eintritt eine Comptoir- oder Reisestelle für eine Fabrik oder En gros-Geschäft. Gefl. Offerte mit Beilegung einer Freimarke besorgt die Exped. d. Blattes unter Chiffre J. K. U. 436.

Herrschaftshäuser, Villa's Privat- und Geschäftshäuser

(darunter mit großen Räumlichkeiten und schönen Gärten) in vorzüglichen Lagen.

ein sehr besuchter Gasthof

ferner **eine gute Wirthschaft, eine rentable Brauerei, Bauplätze, Gärten, Aecker** für Fabrikanlagen, Lagerplätze 2c. 2c. sind unter günstigen Kauf- und Zahlungsbedingungen in **Karlsruhe** durch Unterzeichneten **zu verkaufen.** Kaufliebhabern ertheilt nähere Auskunft

Adolph Goldschmidt, Güteragent,
Zähringer Straße Nr. 79 in Karlsruhe.
(Tägl. v. 11—1 u. v. 3—4 Uhr zu sprechen.)

Stelle-Antrag.

Ein anständiges, gut empfohlenes Frauenzimmer, welches das Weißnähen und Bügeln gut versteht, findet in einem Hôtel in Baden-Baden eine Jahresstelle als Weißzeugbeschließerin. Sich zu wenden Sophienstraße Nr. 3 in Baden-Baden. 4.3.

Für **Brust- und Hustenleidende** ist Mayer'scher **weißer Brust-Syrup** das beste und billigste Heilmittel. Stets echt vorräthig bei: **Th. Brugier** in **Karlsruhe,** Waldstraße 10. F. Adrian in Freiburg. Eug. Walter in Schönwald. Wilh. Mutterer in Krotzingen. G. A. Herbst in Breisach. Gebr. Kern in Furtwangen. Th. Weber in Ettenheim. 18.

W. Grimm

Langestraße 19

emfiehlt sein best assortirtes

Cigarren-Lager

von fl. 1. 24 kr. bis fl. 20. per 100 Stück in gut abgelagerter Waare.

Bäckerei-Verkauf. 3.3.

Eine neu eingerichtete Bäckerei ist in einer größeren Amtsstadt Badens mit oder ohne Oekonomie-Gebäulichkeit zu verkaufen. Zu erfragen bei der Exped. dieses Blattes.

Geburten.

26. Jan. Wilhelmine Amalie Sophie, Vater Louis Dups, Buchbinder.
27. „ Friedrich, Vater Karl Maurer, Fabrikarbeiter.
28. „ Luise Elise, Vater Balthasar Zutavern, Schlosser.

Eheschließungen.

29. Jan. Karl Scholl von Weingarten, Schlosser daselbst, mit Karoline Schneider von Weingarten.

Todesfälle.

29. Jan. Otto Reif, Expeditionsgehilfe, ledig. 18 J.

Fahrtenplan vom 1. Nov. 1873

anfangend:

Abgang von Karlsruhe.

Nach Rastatt, Baden, Freiburg 2c.:
1.10*. 6.45. 7.35*. 10.45. 11.40*. 1.45 2.30*. 5. 7.40. (10.15 nur bis Rastatt).

Nach Bruchsal und Heidelberg 2c.:
7.10. 9.30. 11.12*. 12.40. 1.40*. 4.55. 3.25*. 8.40. 2.40*.

Nach Pforzheim (Mühlacker):
7.50. 10. 1.20*. 1.45. 5.5. 7.45. 11.50*.

Von Pforzheim nach Karlsruhe:
5.25. 6.40. 6.29*. 9.42. 12.23. 1.29* 4.48. 9.10.

Nach Mannheim (Rheinthalbahn):
6.10. 9.30. 2. 7.15.

Von Mannheim nach Karlsruhe:
5.50. 10.35. 2.30. 6.45.

Nach Maxau:
6.35. 8.15. 10.45. 2.30. 6.5.

* Schnellzüge.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 30 Januar.

Staatspapiere.	pr. comptant.							
Preußen 4½% Consol. Oblig.	105½ G	Rußland 5% Obligationen v. 1872	94½ P	5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86⅛ G	Finnländer 10-Thlr.-Loose	10⅛ G
4½% do.	— P	Belgien 4½% Obligationen	— G	3% do. do.	49¾ b	Meininger 7-fl.-Loose	7⅜ b
4% do.	99½ P	Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98⅛ G	5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	85⅝ G	**Wechsel-Cours.**	
Baden 5% Obligationen	104⅜ G	Schweiz 4½% Eidgenossensch.-Obl. i. Fr.	— G	5% do. do. 2. Emiss.	83¼ G	Amsterdam k. S.	99½ b
4½% do.	101⅝ P	4½% Berner Obligationen	98¼ G	5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	— G	Augsburg „	100 P
4% do.	97½ G	N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	98⅞ b	3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	61¾ b	Berlin „	104⅞ G
3½% do. v. 1842	92¾ G	6% „ 1885r v. 1865	100⅞ G	5% Hessische Ludwigsbahn	103¼ G	Bremen „	105⅛ P
Bayern 4½% Obl. 1856 Z. 1½jähr.	101⅞ G	5% „ 1904r 10/40 1864	97⅛ P	5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	— P	Brüssel „	93⅛ b
4½% „ (Zins 1jähr.)	101⅛ G	Spanien 3% neue Schuld von 1869	18½ G	6% Central Pacific, rückz. 1898	83 b	Hamburg „	105⅝ P
4% „ „ 1jähr.	97¼ b	Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	— G	6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	65¼ b	Leipzig „	105 P
Württemberg 5% Obligationen	104⅞ G	do. leere.	— b	6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	48¾ P	London „	118½ b
4½% „	101⅝ b	**Actien und Prioritäten.**		**Anlehens-Loose.**		Mailand „	— b
4% „	98 G	Badische Bank, 200 Thaler	112½ G	Bayerische 4% Prämien-Anleihe	116 P	Paris „	93½ b
Nassau 4½% Obligationen	99⅞ G	3% Frankfurter Bank, fl. 500	146¾ G	4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	114⅞ G	Wien „	103¼ b
3½% do.	93½ G	4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	394½ G	Badische 35-fl.-Loose	70½ P	**Gold und Silber.**	
Sachsen 5% do.	— G	3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1019 G	Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22⅝ G	Pr. Friedrichsd'or	fl. 9. 56½ 57½
Gotha 5% do.	— P	5% do. Creditactien, fl. 160	248 G	Gr. Hessische 50-fl.-Loose	217 P	Pistolen	„ 9. 36 38
Kr. Hessen 5% do.	99⅞ P	Stuttgarter Bank	94 G	„ 25-fl.-Loose	59¾ P	Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 52—54
4% do.	97 G	5% Elisabethbahn, fl. 200	220½ G	Kurhessische 40-Thaler-Loose	70¾ G	Ducaten	„ 5. 30—32
Oesterr. 5% Silberrente B. 4½%	65⅞ G	5% Rudolphsbahn, fl. 200	162½ G	Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	15 P	20-Frankenstücke	„ 9. 20½ 21½
4% Papierrente B. 4½%	61⅛ G	4% Ludwigshafen-Berbacher-E. fl. 500	182¾ b	Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	93½ b	Engl. Sovereigns	„ 11. 47— 49
do. do.	61½ G	4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	114⅞ b	„ 5% 500 dr. do. 1860	95½ b	Russ. Imperiales	„ 9. 40—42
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	73 G	4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	148 b	„ 100-fl.-Loose do. 1864	157 P	Dollars in Gold	„ 2. 24½ 25½
Ausland 5% Oblig. v. 1871	94½ P	5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	345½ b	Schwedische 10-Thaler-Loose	14⅞ G		

Druck und Verlag von L. Schweiß, Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg